

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 1,40 Mark, vierteljährlich
4,- Mark, durch die Post 4,-85 Mark
ausschließlich Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im aus-
ländischen Zustellungsbereich unter
Einschaltung eines geeigneten Agenten
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Genehmigung
des Verlegers gestattet.
Schrift der Geschäftsleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1153,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Zweihundertfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7 gespaltene Anzeilenbreite
über einen Raum mit 30 Pfd. berech-
net und in unseren Anzeilenstellen
und allen Anzeigen-Geschäften ange-
nommen. Reklamen die volle 1 Ltr.
Schalt der Anzeigen zu zahlen ab dem
sonntags 11 Uhr für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abstellun-
gen von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Einrückungstermin: Freitag
abends 6 Uhr.
Sonntags einmal
Schließung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Str. Deutscher Platz 17.
Telefon-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 7.

Halle, Sonnabend, den 5. Januar

1918.

Das russische Ersuchen an Deutschland.

Die russischen Friedensdelegierten weilen noch in Petersburg.

Die weitere Beratung des Hauptausschusses.

Der konservative Redner gegen die von Staatssekretär von Kühlmann in Brest-Litowsk vertretene Friedenspolitik.

Berlin, 4. Januar. In der heute fortgesetzten Beratung des Hauptausschusses des Reichstages waren wiederum zahlreiche Abgeordnete und Regierungsvertreter erschienen. Neben dem Reichsanwalt waren fast alle Staatssekretäre anwesend. Als erster Redner sprach der Vertreter der Konservativen.

Genl. v. Starb erg erklärte, daß in seiner Fraktion er nicht und sich keine Bedenken bezüglich der Verhandlungen in Brest-Litowsk und zwar insbesondere wegen des dort ausgesprochenen erneuten Friedensangebotes. Niemand hätte annehmen können, daß das geschehen werde, in den allermeisten Kreisen bestand Überraschung und Befürchtung. Eine Veranlassung zu einem neuen Friedensangebot hätte angeht die glänzenden militärischen Lage nicht bestanden. Es bedürfte den Verzicht auf alle Eroberungen. Die Zeit sei allerdings jetzt abgelaufen und damit die Gefahr besteht. Im Auslande sei wiederum der Wunsch der Schwäche hervorgerufen worden. Es müßte auch schon sein, von der Erklärung des 25. Dezember loszukommen, auch wenn wir noch weitere militärische Erfolge erlangen würden. Diese würden dadurch wertlos gemacht werden. Eine Gefahr, daß die Volkswirtschaft nicht zu Verhandlungen bereit gewesen wären, bestand nicht. Was soll nun weiter geschehen? Die Hauptfrage sei, daß wir von dem Inhalte des Friedensangebotes wieder loskommen. Die Zeit dürfe unter keinen Umständen verlan-

gert werden. Das sei die dringendste Forderung seiner Parteifreunde, zumal auch Zweifel an der Festigkeit der deutschen Unterhändler bei ihnen beständen. Ein Vorschlag von allen Friedensangeboten würde auch den Kriegszustand zu Gunsten der Feinde infolge unserer Nachgiebigkeit noch immer helfen, ihre Ziele erreichen zu können. Diese Forderung müßte ihnen endlich einmal angenommen werden. Genl. v. Starb erg erklärte: Auch die Konservativen wollen einen baldigen dauernden Frieden und die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland. Es sei auch zu begreifen, daß Vertreter der Ukraine mitwirkten. Ob die Besprechung der Einzelheiten hier im Ausschusse zweckmäßig sei, könne zweifelhaft sein angesichts der Zwischenfälle, die noch kommen können. Schließlich äußerte Genl. v. Starb erg gegen die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes Bedenken.

Sie sprach nach der Reichsanwalts Erklärung der Regierung abzugeben. Nach der Rede des Reichsanwalts schlug Genl. v. Starb erg vor, die Verhandlungen zu vertagen. Hg. Scheibemann schloß sich dem Antrage an. Hg. Haase widerspricht dem Vertagungsantrage. Schließlich einigte sich der Hauptausschuß auf einen Antrag Erbenger, wonach die Verhandlung bis morgen 10 Uhr vormittag ausgesetzt wird.

Zwischenfälle.

Soll man nun einem oder gleich von zwei Zwischenfällen sprechen? Der eine wäre ein von dem Reichsanwalt angekündigter hat, der andere der, über den sich das Ausland in den nächsten Tagen unterhalten wird.

Der erste Zwischenfall. Am gestrigen Vormittag machte Genl. v. Starb erg in Hauptausschuß des Reichstages, wie wir in unserer vorangehenden Ausgabe bereits berichteten, davon Mitteilung, daß Rußland plötzlich die Vertagung der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm gefordert hat. Die deutsche Antwort hierauf soll, durch Herrn v. Kühlmann übermittelte, eine glatte Ablehnung sein. Was der Reichsanwalt zur Begründung der deutschen Stellung ausgeführt hat, ist so durchschlagend, daß kaum etwas dazu gesagt zu werden braucht. Die Schwierigkeiten der Vereinbarung der Friedensdelegierten mit ihren heimatischen Regierungen waren an dem bisherigen Verhandlungsverlauf überwinden worden. Ob sie jemals in Stockholm beilegt werden könnten, liegt dahin. Auf jeden Fall würde durch die Vertagung der Friedenskonferenz kostbare Zeit verloren gehen, die bolschewistische Regierung bisher selbst nicht einbüßen wollte. Dazu kommt, daß für den Vierbündnis die geringste Veranlassung vorliegt, das Ränkepiel der Bolschewisten zu begünstigen. Der verflochtene Bündnis, Großbritannien, Belgien, Frankreich und die Vereinigten Staaten, hat zur Ausübung seiner Intrigenkunft in der russischen Hauptstadt Raum genug. Diesen Raum durch die Vertagung der Konferenz nach Stockholm auf schwedisches Gebiet zu erweitern, wäre ohne Sicherungen unflug. Der Vorschlag zu, ist zu hoffen, weitere ungünstige Folgen nicht nach sich ziehen, aber er zeigt, mit welchem Eifer und mit welcher Energie die Entente in Petersburg arbeitet, um auf die eine oder andere Weise die zwischen Rußland und dem Vierbündnis gepflogenen Verhandlungen zu stören. Beißt man die demokratischen Bestrebungen der bolschewistischen Regierung im Auge, dann erfordert der zweite Teil des ersten Zwischenfalls, wie auch der Reichsanwalt die entzündeten Kompensationen nannte, eine noch größere Beachtung. In dem Abkommen vom ersten Weihnachtsfesttage hatten die russischen Vertreter in Brest-Litowsk eifrig gefordert, daß während des Krieges keine gewaltsame Angliederung irgendeines Teiles des besetzten Gebietes erfolgen dürfe und daß die Besatzungstruppen diese Gebiete baldigt verlassen sollten. Der zweite Teil der russischen Forderungen lief auf eine Wiederherstellung der politischen Unabhängigkeit der Völker der besetzten Gebiete hinaus. Insbesondere bestanden die Forderungen darauf, daß eine allgemeine Volksabstimmung über das Schicksal der besetzten Gebiete stattfinden solle. Aber diese beiden Punkte war eine völlige Eingangs in dem letzten Artikel nicht erfüllt worden, was aber nicht hindert, daß beide Parteien der Meinung Ausdruck geben, daß eine befriedigende Lösung noch gefunden werden würde. In ihrer letzten Aeußerung in Brest-Litowsk hatten die deutschen Vertreter zu dem ersten Streitigen Punkte gesagt, daß eine gewaltsame Angliederung besetzter Gebiete während des Krieges nicht beabsichtigt sei, und zweitens, daß der Vierbündnis nicht die Absicht verfolgte, irgendeinem Volke seine politische Selbständigkeit zu nehmen. Den Vorschlag der russischen Delegation, daß die deutsche Meinungsverschiedenheit von dem Punkte diktiert sei, die Zulage über das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht zu halten, hat der Reichsanwalt zurückgewiesen. Wie bei der Frage der Vertagung der Friedenskonferenz Deutschland nur von Erwägungen praktischer Natur geleitet wird, so sind solche Erwägungen auch bei diesen Fragen allein ausschlaggebend. Dabei brauchen wir jedoch, wie dies der Reichsanwalt getan hat, weniger auf unsere Nachstellung verweisen, als auf die bisher den Russen gegenüber geübte laute Genugtuung und auf das dem Deutschen Reich zur Seite stehende Recht. Wir wollen auch dem gesandtschaftlichen Rußland gegenüber auf unsere Macht nur pochen, wenn Genugtuung und Recht als Erdbeereingänge versagen. Dagegen wollen wir bei der Streitfrage nicht verzeihen, daß Rußland den Frieden dringender benötigt als wir. Die russischen Staatsleiter wissen, daß geordnete Zustände in Rußland erst eintreten werden, wenn das Land den Frieden erhalten kann. Die Vermittlung der demokratischen Elemente der Russen im Innern des Landes wird sich erst durchführen lassen, wenn eine friedliche Arbeit geübt werden kann. Deshalb können wir auch den nächsten Sitzungen der Konferenz in Brest-Litowsk mit Ruhe entgegengehen in dem Vertrauen, daß Herr v. Kühlmann Vollmacht hat, in seinen Konzeptionen so weit zu gehen, wie das die Interessen des Deutschen Reiches gestatten.

Deutschland lehnt ab!

WTB. Brest-Litowsk, 4. Januar. Der Vorsitzende der russischen Delegation hat am 3. d. M. aus Petersburg an die Bevollmächtigten der Vierbündnisse in Brest-Litowsk eine Depesche gerichtet, in der er unter Berufung auf einen Beschluß der Regierung der russischen Regierung vor schlägt, die Verhandlungen im neuesten Auslande fortzusetzen. In Erwiderung hierauf haben die Delegierten der Vierbündnisse an Herrn Tolle am 4. d. M. telegraphisch, daß sie jede Vertagung des Verhandlungsortes ablehnen, da Hindernisse nicht vorliegen, die die Verhandlungen spätestens am 5. d. M. in Brest-Litowsk wieder aufnehmen.

und deutschen Linien zertrimmert und zerhoben liegen blieben. Dieser Verlust magte als 1/4 des englischen Gesamtbestandes an Kampfstoffen.

Hindenburg und Ludendorff wieder im Hauptquartier.

WTB. Berlin, 4. Januar. Generalfeldmarschall von Hindenburg ist am 2. Januar, General Ludendorff am 4. Jan. abends von Berlin in das Große Hauptquartier zurückgekehrt.

Englands Ernährungsorgen.

Der Beginn der Rationierung.

WTB. Amsterdam, 3. Jan. (Reuter.) Lord Rhonda, der Minister für das Ernährungswesen, hielt heute in London eine wichtige Rede über die Lage der Lebensmittelversorgung. Er sagte: Meist ganzes Sinnen ist ernten und letzten Endes darauf gerichtet, den Krieg zu gewinnen (Wortfall), alles andere ist nebensächlich. Jedenfalls müssen alle anderen Interessen, ob begründet oder nicht, in den Hintergrund treten, damit wir den Krieg gewinnen. Der Mangel an gewissen Nahrungsmitteln ist unvermeidlich. Kürzlich bestand z. B. Mangel an Fett, Butter und Margarine, doch ist nichts Benutzendes an unserer Lage. Unser Volk hat keinerlei Entbehrungen zu tragen, die denen Deutschlands gleichen, wo die wöchentliche Rationierung weniger als ein halbes Pfund beträgt.

Lord Rhonda erwiderte jedoch die Frage der zwangswellen Ration und sagte: Wir wissen, daß jetzt in Deutschland große Empörung über die Tatsache besteht, daß die Rationierung von Nahrungsmitteln erschaffen werden mehr erhalten, als ihnen zuzuführen, mit dem Ergebnis, daß die Rationierung weniger als ein halbes Pfund beträgt. Die Rationierung wenigstens ein wenig Lebensmittel ist notwendig. Wir sind gegenwärtig damit beschäftigt, den Entwurf für die Zwangsrationierung zu vollenden. Dieser wird dann dem Kabinett vorgelegt und sobald dieses seine Genehmigung erteilt hat, so schnell wie möglich zur Durchführung gebracht werden.

Buchanan hat Petersburg verlassen.

Die britische Botschaft in Petersburg gleichfalls abgereist.

WTB. Rotterdam, 4. Jan. Das Hievons Hotel Court, meldet aus London vom 4. Januar, daß der britische Botschafter Buchanan kurz vor seiner Abreise von Petersburg verlassen hat. Die britische Botschaft in Petersburg ist ebenfalls abgereist. (Wichtig: Nachrichten Seite 4.)

Der amtliche österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 4. Januar. Amtlich wird veröffentlicht: Oesterlicher Kriegsjahresbericht.

Italienischer Kriegsjahresbericht. Keine Ergebnisse von Belang. Der Chef des Generalstabes.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 4. Januar abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Die Beute bei Cambrai.

Annähernd 10 000 Mann gefangen, 172 Geschütze, 720 Maschinengewehre erbeutet.

WTB. Berlin, 4. Januar. (Amtlich.) Vom 20. November 1917 bis 2. Januar 1918 haben die Engländer allein auf dem Schlachtfeld westlich von Cambrai 227 Offiziere, 8000 Mann an Gefangenen verloren. An Beute wurde ihnen während der Cambrai-Kämpfe 172 Geschütze, 720 Maschinengewehre und 19 Minenwerfer abgenommen. Außerdem erbeuteten die Heerischen deutschen Truppen, die den Anmarsch der Engländer in eine außergewöhnlich blutige Niederlage veranlaßten, 32 deutsche Geschütze, die bei dem letzten Kampfzuegang in die Hand der Engländer gefallen waren.

Von den über 800 eingezogenen Tausen verloren die Engländer 107, von denen 75 hinter den deutschen Linien in unsere Hände fielen, während 32 zwischen den englischen

Jum Tode Erich Ruitheun. Der Vater Erich Ruitheun, der nach kaum vollendetem 42. Lebensjahr in Jena starb, war ein reicher Vater des Jünglings. Seine Handhabungsart, seine Freundschaft und Blutsverwandtschaft mit dem Kaiser, später in Jena, wurde Professor an der königlichen Kunstschule in Berlin, gab seine Bekanntheit aber bald wieder auf und lebte nach Jena zurück. Die Eingangsbeilage der Universität Jena ist mit Fresken von seiner Hand geschmückt.

Schulnachrichten.

Prof. Dr. Bernhard Febr, ord. Professor der englischen Philologie an der Technischen Hochschule in Dresden, hat einen Ruf an die Universität Straßburg i. E. erhalten. — Der zweite Lehrer des Anatomischen Instituts der Universität Jena, Professor Dr. Hans Dräger, ist mit dem 1. Januar in den Ruhestand getreten. — Der außerordentliche Professor Dr. Walter Spielmeier in München hat einen Ruf als Ordinarius für Physiologie und Direktor der Physiologischen Anstalt in Heidelberg erhalten.

Prof. Dr. Hermann Thierich in Freiburg i. B. hat eine Berufung auf den Lehrstuhl der Archäologie an der Universität Göttingen als Nachfolger G. Rörtes erhalten.

Vermischtes.

Schweres Eisenbahnunglück.

2000 Mann den Tod gefunden.

Stockholm, 3. Januar. Wie die „Dieto Nordens“ erklärt, hat am 23. Dezember auf der Station Westmanas eine Explosion stattgefunden, bei der 2000 Arbeiter mit Kollaterale, die nach dem Bombensturz zurückgehen wollten, vernichtet wurden. 2000 Mann fanden den Tod.

Die Elektrifizierung des Strahlenbahnverkehrs. Die Groß-Berliner Elektrifizierung hat sich an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Hierzu hat in erster Linie die Reanugabe vieler elektrischer Antriebe zum Großverbrauch geführt. Auch wird die ungenützte Lage der Elektrifizierungsleistung noch durch den Eintritt der Kälte verschärft, die jetzt die Benutzung des Wasserstroms ausgeschlossen hat, wodurch große Kohlentransporte, die aus Deutschland nach Berlin unterwegs waren, im ganzen etwa 150 000 Tonnen an Kohle, ein gespart sind. Der durch die Sparmaßnahme ersetzte Kohlenverbrauch reicht bei weitem nicht aus, die Elektrifizierungsleistung von Groß-Berlin sicher zu stellen; daher muß jetzt zur Erspargung größerer Elektrizitätsmengen weiter zur Einschränkung des Verkehrs auf den Strahlenbahnen von Groß-Berlin geschritten werden. Zunächst soll durch eine weitere Einziehung der Haltestellen der Stromleistung erheblich verringert werden. Es können hierdurch täglich 15–20 000 Reisende zurückgelassen werden. Ferner soll eine durchgehende Prüfung der Linienführung stattfinden. Endlich soll während des Winters nach der Sonntagseiszeit im Strahlenbahnverkehr durch Anhalten von Wagen verringert werden. In eine Vertiefung oder Einstellung des Betriebes einzelner Linien ist nur da gedacht, wo nur wenige Interessenten in Frage kommen, also nicht in Berlin, sondern in der weiteren Außenbezirke, wie beispielsweise Rixdorf, wo die gänzliche Einstellung einzelner wenig befahrener Straßen geplant ist.

Zwei Millionen Berliner Weihnachtsfeier. Der Postverkehr auf Weihnachtskarten hat in diesem Jahre einen besonders starken Umfang gehabt. Es wurden schätzungsweise rund zwei Millionen Karten aus und nach Berlin versandt. **Geisteskrankheit im Damentisch.** Das durch seine historischen Schätze und seine geschichtliche Vergangenheit berühmte Damentisch heiligengrabe in der Brünnstraße wurde von einem Großfeuer heimgesucht. Durch Überheizen der Öfen ist der Dachstuhl, in dem die Gemälder der Königin und der Kaiserin liegen, in Brand geraten. Im Gipfelpunkt, das der Feuern immer unbedeutet war, brannten die Schichtwerke aus. Der Dachstuhl des Abteilungsbaus wurde von den Flammen verzehrt. Es gelang, ein Umfassungsbauwerk des Brandes zu verhindern und die historischen Schätze zu sichern.

Zugunfall. Der Verionensug, der um 7 Uhr von Hameln in Elze einlief, stieß auf der Station Elze auf einen Güterzug. Mehrere Wagen des Güterzuges wurden umgekippt und die Personen kamen zum Erliegen. Ein Fremder erlitt leichtere Verletzungen; die Reisenden des Verionensuges kamen mit dem Schrecken davon. Der Materialschaden ist bedeutend.

Eine letzte Trauung wurde dieser Tage vor dem Standesamt in Carolinensiel vollzogen. Das Brautpaar zählte zusammen 188 Jahre. Während der Brautjungfer 62 Jahre alt ist, zählt die Braut „erst“ 76 Jahre.

Brandkatastrophe in einem Eisenbahnzuge. Aus Remberg wird gemeldet: In einem Wagen eines Überfüllten, unbesetzten Verionensuges, der von Remberg nach Sandborger fuhr, fiel nachts ein nach Benzin riechender Gegenstand zu Boden. Ein danach laufender Passagier ergriff einen Zündhölchen und versuchte dadurch eine Explosion, durch die der Wagen in Brand geriet. Der Verionensug war in voller Fahrt und konnte nicht sofort zum Stehen gebracht werden. So daß sich die Flammen immer mehr entzogen. Zahlreiche Personen verbrannten und erlitten: einige verunglückten auch durch Sprünge aus den Fenstern des brennenden Zuges. Einzelheiten über die Katastrophe fehlen noch.

Eine **Irre** hat Verbot wurde in dem höchsten Gericht im Wiener Bezirk Simmering verurteilt. Dort wurde ein junger Arbeiter namens Caspalla erschlagen. Der Täter ist unbekannt. Der Mord ist dadurch besonders gräßlich, daß dem Opfer am rechten Oberarm ein dreißig Zentimeter langes und zwölf Zentimeter breites Stahlfleisch bis zum Knochen herausgeschrien wurde. Dieses Stahlfleisch hat der Täter mitgenommen. **Jahr 120 000 Mark Eisenbahnarbeiter.** Die Diebstahl- und Eisenbahnarbeiter sind in dem höchsten Gericht (Eisenbahnarbeiterbesitzergewerkschaft) haben, wie sich herausstellte einen Umfang angenommen, der alles bisher auf Bahnhöfen an Diebstählen Geleitete weit übersteigt. Zwei Verhaftete, ein Diebstahlstäter und ein Rangierer haben eine Strafe von 100 000 Mark erhalten. Man fand in den Verhafteten viele Warenmengen vor, doch man zögert sie freizugeben. Wegen nicht beladenen Wagens, an die Diebstahl begangen. Mit den vorgeschriebenen Gesetzen konnte man jedoch nicht umgehen, also auch ein Verurteilungsmittel angefangen. Die Diebe hatten für alles Verwendung und stiegen mit einer Ungeniertheit, die jeder Bewunderung wert ist.

Die **stische** Frau, die bisher einzelner Rechte hatte, wird jetzt durch ein neues Gesetz dem Manne im Eherecht gleichgestellt. Bekanntlich ist durch den Mann die Entscheidung geteilt. Wenn die Frau das Recht genießt, im Mangel der Entscheidung die Bedienung zu leisten, doch wenn der Mann eine neue (zweite, dritte oder vierte) Ehe schließen will, die erste (zweite oder dritte) Ehe dadurch aufgelöst ist. Ferner ist der Mann verpflichtet, für den Unterhalt der Frau zu sorgen und ihr Schadenersatz oder eine Leibrente zu zahlen, wenn die Ehe gelöst wird. Für die Entscheidung gelten übrigens ähnliche Bestimmungen wie in den meisten Kantonsstaaten. Das gesetzliche Alter ist, wenn geteilt werden soll, während der Frau nicht vor dem 16. Bändeljahr nicht vor dem 13. Lebensjahr betragen. Bis zum 17. Jahr befinden sich Mädchen der Zustimmung des Vaters oder des Vormundes, Zustimmung der Genehmigung des Richters.

Letzte Depeschen.

Diplomaten-Empfang beim Kaiser.

WTB. Berlin, 4. Januar. (Antifa.) Seine Majestät der Kaiser hat gestern den Generalabmarsch und Empfang den schwedischen Botschaften, Minister Freyherren von Rosen in Antifa. Das schwedische Minister ist, unter geteilt hantlicher Botschafter Polo de Berna, niederländischer Botschafter Baron Giesers, schwedischer Botschafter Freyher von Osten und Unterstaatssekretär Freyher von dem Busche.

Der Diebstahl von Wilhelmshöhe.

WTB. Kassel, 4. Januar. Der Diebstahl einer Anzahl von Kunstgegenständen aus dem königlichen Schloß zu Wilhelmshöhe angelegte 17 jährige Hilfsdienstpflichtige Waise wurde heute von der Strafkammer zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, während der Antifaa. Nagel, ein geborener Kasse, unter dessen Einfluß Waise gefangen hat, wegen geringfügiger Diebstahl 1½ Jahre Zuchthaus erhielt.

Das vorläufige Glöckengläut.

WTB. Berlin, 4. Jan. Infolge der englischen Niederlage bei Cambrai sind, nachdem der erste englische Anfangserfolg auf dem dortigen Schlachtfeld vorläufig in London unter Glöckengläut und in den Reihen Lloyd Georges als großer Sieg des Jahres gefeiert wurde, nunmehr jedoch englische Generale und eine große Anzahl englischer Generalsaboffiziere abgesetzt worden.

Schwedische Anerkennung Finnlands.

WTB. Stockholm, 4. Januar. Der König beschloß im heutigen Ministerrat, Finnland als unabhängigen Staat anzuerkennen.

Der Kampf um Kalebin.

WTB. Amsterdam, 4. Januar. Die „Times“ melden aus Petersburg: Berichte aus den Höhen bestätigen, daß Rawaf jetzt ganz in den Händen der Bolschewisten ist, die dort ein schreckliches Strafgefängnis unterhalten. Die Bolschewisten geben Kalebin für die Verteidigung ihres Gebietes so gut wie Diktatoralmacht. Es kam zu Gefechen zwischen Kassefen, die gegen Kalebin sind, und den Anhängern Kalebins.

Fünftägiger Ministerrat in Rom.

WTB. Bern, 4. Januar. Die „Corriere della Sera“ meldet, daß in Rom gestern ein fünftägiger Ministerrat stattfand, den alle Minister, außer dem in Paris weilenden Nitti, betrauten. Der Ministerrat beschäftigte sich hauptsächlich mit wichtigen inneren Fragen, besonders politischer und militärischer Natur.

Botschaft Wilsons an Lloyd George.

WTB. London, 3. Januar. (Reuters.) Lloyd George empfing folgende Botschaft des Präsidenten Wilson: „Ich bin sicher, der Dolmetscher sowohl der Gefühle und Absichten des Volkes der Vereinigten Staaten wie meiner eigenen zu sein, wenn ich Ihnen und durch Sie Ihrer Regierung und dem Volke Großbritanniens eine Botschaft der Freundschaft und des Wohlwollens überbringe, weiterhin die Hand zum Friedensschluß der Vereinigten Staaten an die amerikanische Aufgabe und Pflicht zu setzen, für die Welt einen ehrenvollen, dauerhaften Frieden zu erkämpfen, der sich auf Gerechtigkeit und Ehrlichkeit aufbaut und den Vätern der Welt, den großen wie den kleinen, gleiche Behandlung sicher. Ihre eigene Botschaft namens des höchsten Kriegesabinetts wird hoch geschätzt und findet bei uns freundlichen Widerhall.“ (Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Zur Lage im Glasgewerbe.

Die Hütten, welche **Darmstadt** und **Kathedral** erzeugen, haben sich in Anbetracht der bisherigen Beschäftigungswirtschaft geübt, im neuen Jahre die Grundpreise um 25 Prozent zu erhöhen; außerdem aber behalten sie sich Preisermäßigungsmöglichkeit vor. Deswegen hat der Verband der bayerischen Spiegelglasfabriken aus eben denselben Gründen sich veranlaßt gefühlt, die Preise um 15 Prozent zu erhöhen.

Überhaupt liegt die Lage in der Glasfabrikation und im Glashandel immer mehr zu. Obwohl im Jahr 1917 durch Verhandlungen mit dem Reichskommissar für Kohlenausgleich letztere der Glasindustrie eine Entzögerung in dem Sinne erzielt war, daß durch Stilllegung zahlreicher Glasfabriken die anderen arbeitenden Hütten genügend Kohle zum Weiterbetriebe erhielten, hat neuerdings der Reichskommissar erklärt, daß er diese Zulage zurückziehen müsse, so daß die arbeitenden Hütten in der Kohlenbeschaffung sehr wieder große Schwierigkeiten hätten. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die arbeitenden Hütten in der Hauptsache mittelbar und unmittelbar für Feuerbedarf und Feuerleistungen tätig sind. Die Lager der Händler sind durch die schwebenden Preisveränderungen ziemlich gedummt; es haben z. B. infolge von Explosionen in Fabriken mit ihren Beständen Kaufverhandlungen und ihre Lager zur Verfügung stellen müssen, damit Erfolg für die geschmiedeten Erzeugnisse zum Weiterbetriebe jener Fabriken geliefert werden konnte. Ferner ist nicht zu übersehen, daß weder die Privatindustrie noch der Privatmarkt der offenen Gefahr, wenn die Schmelze

entzogen gehen und Erfolg nicht vorhanden ist, arbeiten überlegen können. Und ein anderer Faktor kommt noch dazu. Die deutsche Landwirtschaft braucht, um Gemüse und Samen ziehen zu können, speziell im Frühjahr große Mengen von Glas. Die Glasfabriken und Glashütten müssen ordnungsmäßig mit Scheiben versehen sein, andernfalls läßt sich weder Frühgemüse noch Samen erzeugen, und Erfolgslänge, die man an Stelle der Glasfabriken und Glashütten für eine Züchtung benutzen könnte, sind nicht vorhanden. Die Verhältnisse in der Glasindustrie haben allmählich eine solche Verengung erfahren, die Fabriken teilweise sogar fast vollständig für bringenden Feuerbedarf wegen des Kohlenmangels unrentabel haben.

Angesichts dieser Lage erscheint es angebracht, den Kriegskommissar für Kohlenausgleich mit Nachdruck darauf hinzuwirken, welche tiefstenfalls volkswirtschaftlichen Schäden durch mangelhafte Kohlenbeschaffung der arbeitenden Hütten drohen. Es muß dringend für Abhilfe gesorgt werden, das mit ein so wichtiges Glied der nationalökonomischen Volkswirtschaft wie die Glasindustrie nicht zum Stillstand komme.

Uebergründung Geminn und Zahrezeitanlagen von Aktiengesellschaften.

Eine interessante prinzipielle Frage zum Kapitel Uebergründung Geminn ist im jüngsten Kriegswuchertat bezugsweise der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Barmen aufgeworfen worden.

Eine Zittauer Bierbrauerei hatte das Geschäftsjahr 1914/15 mit einem Mehrgewinn von über 64 000 Mark und das Geschäftsjahr 1915/16 mit einem Mehrgewinn von über 20 000 Mark gegenüber dem Friedensjahre 1913/14 abgeschlossen. Das jährliche Kriegswuchertat hatte daraufhin bei der Staatsanwaltschaft zu Barmen Anzeige gegen die Brauerei wegen Kriegswuchers erlassen. Zur Begründung seines Vorgehens gegen die Brauerei hatte das Kriegswuchertat sich in der Hauptsache auf eine Verengung der Betriebsgewinne im Frieden und im Kriegesjahr und daraus durch Umrechnung des Gewinns auf den erhöhten Bier die Ladung eines übermäßigen Gewinns gefolgt. Die Barmener Staatsanwaltschaft hat zwar auf die Anzeige des Kriegswuchertates hin gegen die betreffende Brauerei das Ermittlungsverfahren eingeleitet, zur Erhebung der Anklage aber ein Gutachten der Handelskammer Zittau eingeholt. Die Handelskammer hat im Gegenzug mit dem Kriegswuchertat im Frieden und im Kriegesjahr dieses Sachverhalts führte die Handelskammer folgendes aus: „Es erscheint nicht angelegentlich, lediglich auf der Höhe des Bilanzgewinns auf das Vorliegen von Kriegswuchers zu schließen, ohne daß man näher auf die gesamten, in Betracht kommenden Verhältnisse eingeht. Ein erhöhter Reingewinn im Kriegesjahr braucht nicht immer, wie dies das Kriegswuchertat anzuweilen scheint, auf eine unzulässige Erhöhung der Warenpreise zurückzuführen, sondern kann auch eine Verengung durch Einführung neuer Vertriebsmethoden, Erweiterung des Betriebes, günstige Wertung alter, im Frieden schief veräußelter Vorräte und dergleichen. Man kann deshalb allein von dem Vorhandensein eines hohen Bilanzgewinnes nicht ohne weiteres auf das Vorliegen eines übermäßigen, unzulässigen Gewinnes schließen.“

Börseinstimmung.

Berlin, 4. Januar. Bei unveränderter Zurückhaltung, feste der Börse in wenig veränderten Kursen, aber doch in festem Grundstimmung ein. Der Aufschwung in der Börse wurde bei Bekanntwerden des Beschlusses über die Verträge der Kurze, wozu Schiffahrt und Montanwerte betroffen wurden. Im weiteren Verlaufe war die Haltung wenig verändert. Ein und wieder traten ungewöhnliche Kursveränderungen nach unten oder oben ein. Heutige Renten blieben unverändert, österreichisch-ungarische erlitten anfangs kräftige Aufschläge, die aber nicht behauptet werden konnten und russische bröckelten allgemählich ab, Schäfte rückgängig waren russische Bankaktien.

Gewerbe.

Berlin, 4. Januar. Um heutigen Warenverkehr trat wiederum rege Nachfrage für Samt und Seidenstoffe hervor, doch ist man über manche Punkte der neuen Verzierung über den Handel mit denselben noch im Unklaren. Von anderen Gütern waren Kasse und Grasameriken, Gemüse und Rübenamen gelistet. Das Angebot hierfür hält sich indessen nach wie vor in engen Grenzen. Zu Streuzugeln ist Heidekraut und Holzmoos in einigen Pöten abgefliegen worden. Im Kaufhändlerhandel hat sich nichts geändert. Wetter: Schneefall.

Kriegsengründung im Versicherungswesen. Mit 1 Million Mark Kapital wurde in Bremen die „Roland“, Versicherungs-Gesellschaft, gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Gewerbe-Transportversicherung.

Neuer Zusammenschluß in der chemischen Großindustrie. Der Farbenkonzern hat sämtliche 1,5 Mill. Mark Geschäftsanteile der H. Bechtold & Co. gemischten Fabriken in Herbolzungen a. Rh. erworben. Die Gesellschaft wird in Lebensversicherung mit dem Farbenkonzern von den ebenfalls in Herbolzungen domizilierenden Chemischen Fabriken vorm. Heister Meer in der bisherigen Form weiterbetrieben werden.

Bereinigtes bayerisches Spiegel- und Tafelglaswerk vorm. Schrenk & Co. A. G., Nürnberg. Bei der Gesellschaft hat sich durch den im Geschäftsjahre 1916/17 erzielten Reingewinn von 115 269 Mark der Restschuld des Vorjahres von 240 495 auf 127 000 Mark ermäßigt. In der Bilanz erzielten Reingewinn mit 598 097 Mark (1. R. 489 119 Mark) und Debitoren mit 362 583 (1 066 848) Mark, denen bei einem Aktivkapital von 2,3 Mill. Mark Kreditoren von 554 106 (1 082 413) Mark gegenüberstehen.

Wieder-Entzögerung im Versicherungswesen. Mit 1 Million Mark Kapital wurde in Bremen die „Roland“, Versicherungs-Gesellschaft, gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Gewerbe-Transportversicherung.

Neuer Zusammenschluß in der chemischen Großindustrie. Der Farbenkonzern hat sämtliche 1,5 Mill. Mark Geschäftsanteile der H. Bechtold & Co. gemischten Fabriken in Herbolzungen a. Rh. erworben. Die Gesellschaft wird in Lebensversicherung mit dem Farbenkonzern von den ebenfalls in Herbolzungen domizilierenden Chemischen Fabriken vorm. Heister Meer in der bisherigen Form weiterbetrieben werden.

Bereinigtes bayerisches Spiegel- und Tafelglaswerk vorm. Schrenk & Co. A. G., Nürnberg. Bei der Gesellschaft hat sich durch den im Geschäftsjahre 1916/17 erzielten Reingewinn von 115 269 Mark der Restschuld des Vorjahres von 240 495 auf 127 000 Mark ermäßigt. In der Bilanz erzielten Reingewinn mit 598 097 Mark (1. R. 489 119 Mark) und Debitoren mit 362 583 (1 066 848) Mark, denen bei einem Aktivkapital von 2,3 Mill. Mark Kreditoren von 554 106 (1 082 413) Mark gegenüberstehen.

Wieder-Entzögerung im Versicherungswesen. Mit 1 Million Mark Kapital wurde in Bremen die „Roland“, Versicherungs-Gesellschaft, gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Gewerbe-Transportversicherung.

Neuer Zusammenschluß in der chemischen Großindustrie. Der Farbenkonzern hat sämtliche 1,5 Mill. Mark Geschäftsanteile der H. Bechtold & Co. gemischten Fabriken in Herbolzungen a. Rh. erworben. Die Gesellschaft wird in Lebensversicherung mit dem Farbenkonzern von den ebenfalls in Herbolzungen domizilierenden Chemischen Fabriken vorm. Heister Meer in der bisherigen Form weiterbetrieben werden.

Bereinigtes bayerisches Spiegel- und Tafelglaswerk vorm. Schrenk & Co. A. G., Nürnberg. Bei der Gesellschaft hat sich durch den im Geschäftsjahre 1916/17 erzielten Reingewinn von 115 269 Mark der Restschuld des Vorjahres von 240 495 auf 127 000 Mark ermäßigt. In der Bilanz erzielten Reingewinn mit 598 097 Mark (1. R. 489 119 Mark) und Debitoren mit 362 583 (1 066 848) Mark, denen bei einem Aktivkapital von 2,3 Mill. Mark Kreditoren von 554 106 (1 082 413) Mark gegenüberstehen.

Wieder-Entzögerung im Versicherungswesen. Mit 1 Million Mark Kapital wurde in Bremen die „Roland“, Versicherungs-Gesellschaft, gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Gewerbe-Transportversicherung.

Neuer Zusammenschluß in der chemischen Großindustrie. Der Farbenkonzern hat sämtliche 1,5 Mill. Mark Geschäftsanteile der H. Bechtold & Co. gemischten Fabriken in Herbolzungen a. Rh. erworben. Die Gesellschaft wird in Lebensversicherung mit dem Farbenkonzern von den ebenfalls in Herbolzungen domizilierenden Chemischen Fabriken vorm. Heister Meer in der bisherigen Form weiterbetrieben werden.

Bereinigtes bayerisches Spiegel- und Tafelglaswerk vorm. Schrenk & Co. A. G., Nürnberg. Bei der Gesellschaft hat sich durch den im Geschäftsjahre 1916/17 erzielten Reingewinn von 115 269 Mark der Restschuld des Vorjahres von 240 495 auf 127 000 Mark ermäßigt. In der Bilanz erzielten Reingewinn mit 598 097 Mark (1. R. 489 119 Mark) und Debitoren mit 362 583 (1 066 848) Mark, denen bei einem Aktivkapital von 2,3 Mill. Mark Kreditoren von 554 106 (1 082 413) Mark gegenüberstehen.